

oretischen Reflexion beeindruckend kluges Buch zu schreiben.

*Charles Philippe Dijon de Monteton*

## POLITIKFELDANALYSE

Schmidt, Manfred G. *Der Deutsche Sozialstaat – Geschichte und Gegenwart*. München. Verlag C.H. Beck 2012. 128 Seiten. 8,95 €.

Ein schmales Taschenbuch, das es in sich hat! Auf gut hundert Seiten gelingt einem der führenden politikwissenschaftlichen Forscher auf dem Gebiet der Sozialpolitik zunächst eine dichte Zusammenfassung der sozialpolitischen Entwicklungen seit den Bismarckschen Sozialreformen bis zur Mindestlohnpolitik des zweiten Kabinetts Merkel (10-48). Es folgen Kapitel über die Sozialpolitik der DDR, das von den eigenen Forschungen des Verfassers profitiert (49-61) und „Deutschlands Sozialstaat im internationalen Vergleich“ (62-74). Das Glanzstück sind dann die drei letzten Kapitel, die sich in empirisch fundierter und differenzierender Weise mit der Sozialstaatskritik der letzten Jahrzehnte – von links und rechts – auseinander setzen (75-111). Sorgfältig ausgewählte Literaturhinweise in den Anmerkungen und Hinweise zu weiterführender Literatur, sowie Personen- und Sachregister runden das Werk ab.

Aus kollegialer wissenschaftlicher Perspektive ist auf Beschränkungen hinzuweisen, denen die Programmatik des Bändchens in der Durchführung unterliegt. Schmidt versteht unter „‘Sozialstaat’ [...] eine weit ausgebauten Sozialpolitik für alle Staatsbürger oder zu mindest einen Großteil von ihnen“ (7). Er führt damit den Begriff eng auf die Felder der Sozialpolitik, und zwar im

Wesentlichen auf die Sozialpolitik des Bundes. Damit wird er dem deutschen Verständnis von Sozialstaatlichkeit nicht ganz gerecht, denn das „Soziale Staatsziel“ (H. F. Zacher) oder die politische Verantwortung für eine sozial verträgliche Gestaltung der Gesellschaft bedient sich zwar zentral der Sozialpolitik, führt aber deutlich über sie hinaus. Dies zeigt sich besonders, seit der zunehmende Nachwuchsmangel die Zentralität des „Humankapitals“, oder präziser „Humanvermögens“, für die wirtschaftliche Entwicklung sichtbar werden lässt. Bildungspolitik ist zu einem essentiellen Element sozialstaatlicher Politik geworden, aber sie genießt nicht die Priorität, die ihr die demographische und die arbeitsmarktpolitische Perspektiven zuweisen würden. Das hängt meines Erachtens allerdings weniger mit dem Verdrängungseffekten der Sozialpolitik (so Schmidt, 107) als mit der Struktur des deutschen Föderalismus zusammen.

Schmidt würdigt abschließend den deutschen Sozialstaat: Er verkörpere „die bislang mächtigste und folgenreichste Rückwirkung des politischen ‚Überbaus‘ auf die ökonomische und gesellschaftliche ‚Basis‘“ (111). Diese etwas verquere Rezeption Marx’scher Terminologie suggeriert ein Über- und Unterordnungsverhältnis von Staat und Gesellschaft. Da dachte schon Lorenz von Stein im Anschluss an Hegel schärfer, wenn er Sozialpolitik als Vermittlung von Staat und antagonistischer Gesellschaft begriff. Und dies gilt in besonderer Weise für den deutschen Sozialstaat, der, wie Schmidt richtig herausarbeitet, sich in ausgeprägter Weise nicht-staatlicher Träger zur Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben bedient. Es ist gibt derzeit keinen besseren Überblick über die deutsche Sozialpolitik in

ihren vielfältigen, insbesondere politikwissenschaftlichen Aspekten. Die Lektüre setzt allerdings eine gewisse Vertrautheit mit Grundbegriffen und Praktiken der Sozialpolitik voraus. Der Text ist geeignet als Ergänzungslektüre zu einführenden Lehrveranstaltungen in die Sozialpolitik auf allen Bildungsstufen und zum Selbststudium für fortgeschrittene Studenten. Die sorgfältige Prüfung unterschiedlicher Argumente der Sozialstaatskritik ist darüber hinaus aber auch ein wichtiger Beitrag zur wissenschaftlichen und politischen Diskussion über die Wirklichkeit des Sozialstaats in Deutschland.

Franz-Xaver Kaufmann

Grell, Britta, und Christian Lammert. *Sozialpolitik in den USA. Eine Einführung*. Wiesbaden. Springer VS 2013. 303 Seiten. 29,95 €.

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Realtypus des liberalen Wohlfahrtsstaatsregimes, werden in der wissenschaftlichen Literatur wie auch in der öffentlichen Meinung oftmals als verspäteter, gezügelter oder gar rückständiger Wohlfahrtsstaat bezeichnet. Vor diesem Hintergrund haben sich *Britta Grell* und *Christian Lammert* „die Aufgabe gestellt, die Sozialpolitik der USA mit ihren verschiedenen Facetten und Besonderheiten [...] einführend darzustellen, zu charakterisieren und auch ein wenig einzuordnen und zu erklären“. Um es vorweg zu nehmen: Dieser Zielsetzung wird das Buch umfassend gerecht.

Mit dieser Einführung in die Sozialpolitik der USA wird eine lang herrschende Lücke in der deutschsprachigen Literatur zur Wohlfahrtsstaatsforschung geschlossen. Dabei gehen die beiden

Autoren konzeptionell von einem weiten Verständnis staatlicher Wohlfahrtsleistungen aus, welches auch steuerpolitische Instrumente der sozialen Absicherung umfasst und damit über den klassischen Kanon der Sozialversicherungssysteme und Einkommenshilfen hinausgeht. Aus einer historisch-vergleichenden Perspektive wird der Baukasten amerikanischer Sozialpolitik – seine Form, Größe und einzelnen Werkzeuge – in fünf inhaltlichen Kapiteln plus Fazit behandelt.

Im ersten thematischen Teil (Kapitel 1-4) widmen sich *Grell* und *Lammert* den theoretischen und empirischen Grundlagen der gegenwärtigen US-amerikanischen Sozialpolitik. So werden in Kapitel 1 zunächst die zentralen Konzepte und Erklärungsansätze des amerikanischen Wohlfahrtsstaates vorgestellt. In Anlehnung an Studien von Richard Titmuss, Gosta Esping-Andersen und Franz-Xaver Kaufmann wird die Wohlfahrtsproduktion durch die institutionelle Ausgestaltung und das Zusammenspiel von Staat, Markt und Familie beziehungsweise Privathaushalten erklärt. Dabei folgen *Grell* und *Lammert* der Triade von sozialen, beschäftigungsbezogenen und fiskalischen Wohlfahrtsleistungen (Titmuss). Demnach führt erst die Berücksichtigung aller drei Instrumente zu einem vollständigen Bild und einer realistischen Beurteilung des oftmals proklamierten „American exceptionalism“. Die empirische Überprüfung erfolgt in Kapitel 2. Auf Basis von Daten der OECD Social Expenditure Database (2010) wird deutlich, dass der US-amerikanische Wohlfahrtsstaat, gemessen an den öffentlichen Ausgaben für Soziales und Renten (nicht aber Gesundheit), im internationalen Vergleich deutlich schlanker ist. Dies wird aller-